

© Isra - stock.adobe.com

Mutterschutz für Selbstständige: **Freiheit** statt Zwang

Zwischen Praxisgründung und Wochenbett. Die Lebensrealität vieler Zahnärztinnen hat sich verändert: Der Frauenanteil im Studium liegt über 60 Prozent – und mit ihm wächst eine Generation hochqualifizierter Kolleginnen, die Verantwortung übernehmen wollen. Doch während die Rahmenbedingungen der Berufsausübung zunehmend diskutiert werden, bleibt ein zentrales Thema oft erstaunlich am Rande: Mutterschaft in der selbstständigen zahnärztlichen Tätigkeit.

Autorin: Dr. Jeannine Bonaventura

Die Entscheidung für die eigene Praxis ist Ausdruck von Freiberuflichkeit, unternehmerischem Mut und dem Wunsch nach Unabhängigkeit. Gleichzeitig bedeutet sie aber auch: Eigenverantwortung in allen Lebenslagen. Während angestellte Zahnärztinnen auf klar geregelte Mutterschutzfristen, Lohnfortzahlung und soziale Absicherung zurückgreifen können, stehen selbstständige Kolleginnen oft vor einer ganz anderen Realität. Wer sich für eine Auszeit entscheidet, trägt die wirtschaftlichen Folgen allein. Praxisfixkosten laufen weiter, Personal muss gehalten werden, Patientenversorgung organisiert bleiben.

Ein verpflichtender Mutterschutz, wie er derzeit politisch diskutiert wird, greift hier zu kurz – er kann sogar kontraproduktiv sein. Denn Selbstständigkeit lebt von Flexibilität. Von der Möglichkeit, individuelle Lösungen zu finden. Eine starre gesetzliche Regelung würde dieser Vielfalt nicht gerecht.

Freiwilligkeit statt Verpflichtung – aber mit echter Absicherung

Die politische Diskussion – zuletzt auch im Austausch mit der stellvertretenden Bundestagpräsidentin Josephine Ortleb, SPD, (siehe rechts Kasten) – zeigt: Es wächst das Bewusstsein dafür, dass es differenzierte Lösungen braucht.

Ein Mutterschutz für Selbstständige darf kein Zwang sein. Aber er muss ein verlässliches Angebot werden.

„Viele arbeiten bis zur Geburt aus wirtschaftlicher Notwendigkeit."

Was es braucht, ist eine echte Wahlfreiheit:

- Die Möglichkeit, eine Auszeit zu nehmen, ohne die wirtschaftliche Existenz zu gefährden
- Flexible Modelle zur finanziellen Absicherung während Schwangerschaft und nach der Geburt
- Unterstützungsstrukturen für die Praxisorganisation in dieser Zeit

Denn die Realität ist: Viele selbstständige Zahnärztinnen arbeiten bis kurz vor der Geburt – nicht aus Überzeugung, sondern aus wirtschaftlicher Notwendigkeit.



Versorgung sichern heißt auch: Lebensrealitäten anerkennen

Die Diskussion um Mutterschutz ist mehr als eine sozialpolitische Randnotiz. Sie berührt die Zukunft der ambulanten Versorgung in Deutschland.

Wenn gewollt wird, dass junge Zahnärztinnen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, dann müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Wer heute erlebt, dass Familiengründung und Praxisführung kaum vereinbar erscheinen, wird sich morgen gegen die Niederlassung entscheiden.

Die Folgen sind absehbar: weniger inhabergeführte Praxen, mehr Konzentration in größeren Strukturen. Und ein schleichender Verlust freiberuflicher Versorgungsqualität.

Ein Thema, das wir aktiv gestalten müssen

Als Freier Verband Deutscher Zahnärzte setzen wir uns dafür ein, dass die Stimme der Freiberuflichkeit in dieser Debatte gehört wird. Es geht nicht darum, bestehende Schutzmechanismen zu kopieren – sondern darum, neue, passgenaue Lösungen zu entwickeln.

Mutterschaft darf kein Risiko für die Selbstständigkeit sein. Und Selbstständigkeit darf kein Hindernis für Familiengründung bleiben.

Fazit

Die Frage ist nicht, ob Mutterschutz für selbstständige Zahnärztinnen kommt – sondern wie er gestaltet wird. Das Ziel: Freiwillig. Flexibel. Und mit echter Sicherheit. Denn eine moderne Zahnmedizin braucht beides: starke Unternehmerinnen – und verlässliche Rahmenbedingungen für ihr Leben. ■

Politik trifft Praxis

Der Austausch zwischen Politik und Praxis ist entscheidend, wenn es um tragfähige Lösungen für die Zukunft der Freiberuflichkeit geht. Umso wichtiger war der Besuch von Josephine Ortleb, stellvertretende Bundestagspräsidentin und SPD-Abgeordnete, in einer zahnärztlichen Praxis vor Ort.

Im direkten Gespräch mit Dr. Jeannine Bonaventura, stellvertretende Bundesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, wurde deutlich: Die Herausforderungen selbstständiger Zahnärztinnen rund um Schwangerschaft und Mutterschaft sind in der Politik angekommen – aber noch längst nicht gelöst. Die SPD-Politikerin Ortleb betonte, dass ein einheitliches Modell dem vielfältigen Berufsbild der Selbstständigen nicht gerecht werde. Unterschiedliche Branchen bräuchten unterschiedliche Ansätze.





Ein zentraler Punkt ihrer Position: Ein Mutterschutz nach der Geburt könne für Selbstständige sinnvoll sein – allerdings ausschließlich auf freiwilliger Basis, meinte Ortleb. Sie sieht das als „Angebot", also als etwas, das man in Anspruch nehmen kann, aber nicht muss.

Derzeit wird im zuständigen Ministerium an einem Gesetzentwurf gearbeitet. Viele Fragen sind jedoch noch offen – insbesondere die der Finanzierung. Wie eine tragfähige Absicherung konkret aussehen kann, ist bislang nicht geklärt.

Jeannine Bonaventura gab Josephine Ortleb einen Satz mit auf den Weg, der bleibt: „Es darf keine Pflicht zum Mutterschutz für Zahnärztinnen geben."

Neben dem Thema Mutterschutz wurden im Gespräch auch weitere gesundheitspolitische Aspekte angesprochen, darunter das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz, Fragen zur kieferorthopädischen Versorgung sowie die Rolle von Bürgergeldempfängern im System.

Der Besuch zeigt: Der Dialog läuft. Jetzt kommt es darauf an, ihn mit klaren Positionen aus der Praxis weiter zu gestalten. red